

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/038(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag,  13.12.2012	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:30Uhr

---

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

---

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

---

3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2012

Über die Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2012 wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

4. Verfahren und Kriterien zur Auswahl der Mitgesellschafter der  
Weihnachtsmarkt- GmbH  
Vorlage: DS0466/12
- 

Die Drucksache DS0466/12 wird gemeinsam mit dem RWB-Ausschuss behandelt.

**Herr Harnisch**, FB 32, bringt die Drucksache ein.

**Herr Hitzeroth** fragte nach, warum nicht an 4-6 Mitgesellschaftern festgehalten wurde.

**Herr Harnisch** informiert, dass sich die bislang 4 Anteile bewährt haben. Es war nur der Wunsch einer Fraktion, diese Erweiterung vorzunehmen.

**Herr Hoffmann** fragt nach, ob es bei den Branchen noch Unterpunkte gibt.

**Herr Harnisch** legt dar, dass bei der Ausschreibung die Schwelle der Bewerbungs-Voraussetzungen nicht zu eng gefasst werden sollte, um sich dem Wettbewerb zu öffnen und allen Bewerbern die gleiche Chance zu geben.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

5. Straßenbenennung Buschweg  
Vorlage: DS0440/12
- 

**Herr Hesse**, FB 62, bringt die Drucksache ein.

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

6. Straßenbenennung Bierer Weg  
Vorlage: DS0441/12
- 

**Herr Hesse**, FB 62, bringt die Drucksache ein.

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

7. Neufassung Entgeltordnung für die Benutzung kommunaler Sportstätten und Bäder  
Vorlage: DS0413/12
- 

**Frau Richter**, FB 40, bringt die Drucksache ein. Sie informiert, dass die jetzige Entgeltordnung bislang dreimal geändert wurde, aber immer nur in Teilbereichen. Im Jahr 2011 erhielt die Verwaltung vom Stadtrat den Auftrag, die gesamte Entgeltordnung zu prüfen. Sie erläutert die einzelnen Änderungen.

**Frau Szydzick** führt aus, dass es sich bei der Betreibung von Schwimmhallen immer um ein Zuschussgeschäft handelt, sie sind nie kostendeckend. Sie findet die Preiserhöhungen für nicht angemessen. Sie hält Vergleiche mit anderen Städten hier für nicht möglich.

**Frau Richter** legt dar, dass der Zuschussbedarf 2010 mit unsanierten und geschlossenen Einrichtungen so hoch war.

**Frau Boeck** hat Probleme mit den Jahreskarten. Sie hält die Kosten für eine einmalige Bezahlung für zu hoch. Hier sollte über eine monatliche Ratenzahlung nachgedacht werden. Ebenfalls hält sie die Familienkarte für Freibäder für zu hoch angesetzt.

**Frau Richter** informiert, dass von der Verwaltung eine 10-Karte vor einer Monatskarte favorisiert wird. Bei Familienkarten sind bereits Ermäßigungen enthalten. Die Preise für 10-Karten in Schwimmhallen wurden nicht verändert.

**Herr Hoffmann** findet die Erhöhungen sind völlig im Rahmen. Für ihn ist sogar eine weitere 5%ige Erhöhung denkbar. Da dies hier keine Mehrheit findet, stellt er dazu keinen Antrag.

**Herr Rohrßen** fragt nach, weshalb es so erhebliche Erhöhungen bei der Sportstätten-Benutzung durch Dritte gibt.

**Frau Richter** führt aus, dass fast 95 % der Sportstätten durch kostenfreie Nutzer, wie z.B. Schulsport, genutzt werden. Die Verwaltung rechnet nicht damit, dass jemand von der Nutzung zurücktritt.

**Frau Szydzick** hält ebenfalls die Erhöhungen im Bereich Schwimmunterricht und Babyschwimmen für zu hoch.

Hierzu informiert **Frau Richter**, dass der Gesundheits- und Sozialausschuss in seiner Sitzung hierzu einen Änderungsantrag gestellt hat, in dem beim Babyschwimmen bei Zwillingen nur einmal bezahlt werden muss. Das Kinderschwimmen erfolgt meistens während des Schulunterrichts und da ist es sowieso kostenlos. Beim Schwimmunterricht muss immer eine zweite Personalkraft zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Meister** fragt nach, weshalb es bei den Jahreskarten nur einen Vergleich mit westdeutschen Städten gibt.

**Frau Richter** informiert, dass die Verwaltung noch keine ostdeutsche Stadt gefunden hat, die eine Jahreskarte anbietet.

**Herr Platz** äußert, dass es bislang nur um die Erhöhung der Entgelte ging. Der KRB-Ausschuss müsste sich eigentlich nur um die rechtlichen Belange der Drucksache kümmern.

**Herr Rohrßen** ist der Auffassung, dass sich der KRB-Ausschuss nicht nur um die rechtliche Belange, sondern sich auch mit den bürgernahen Dingen kümmern sollte. Er ist mit den Preiserhöhungen sehr einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
 2 Nein-Stimmen  
 1 Enthaltung

8. Einbahnstraßenregelung für Cracau  
 Vorlage: I0199/12
- 

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Bejagung im Stadtpark  
 Vorlage: I0295/12
- 

**Herr Harnisch** macht kurze Ausführungen zur vorliegenden Informationsvorlage der Verwaltung.

**Herr Fassl** befürwortet eine große Treiberkette, nicht aber eine Bejagung.

**Herr Platz** informiert, dass die Verwaltung hier ganz bewusst die Öffentlichkeit gesucht hat. Bis heute hat die Verwaltung kein alternatives Konzept erhalten.

**Frau Szydzick** führt aus, dass es sich hier um ein schwieriges Thema handelt. Sie sieht hier auch ein Schutzbedürfnis. Sie hat den Eindruck, dass die Verwaltung die Sache sehr ernst nimmt.

**Herr Rohrßen** folgt den Ausführungen von Frau Szydzick. Er unterstützt die Information der Verwaltung. Von den Tierschützern kamen bislang keine Vorschläge.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Information I0295/12 zur Kenntnis.

10. Neue GEMA- Gebührenstruktur  
 Vorlage: I0296/12
- 

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information I0296/12 zur Kenntnis.

11. Mitwirkung der Bevölkerung bei der Namensgebung von Haltestellen der Magdeburger Verkehrsbetriebe  
 Vorlage: A0081/12
- 

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen  
 1 Nein-Stimme  
 2 Enthaltungen

- 11.1. Mitwirkung der Bevölkerung bei der Namensgebung von Haltestellen der Magdeburger Verkehrsbetriebe  
Vorlage: S0291/12
- 

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienst und Wertransporte  
Vorlage: A0100/12
- 

Zurückgezogen!

- 12.1. Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienst und Wertransporte  
Vorlage: S0297/12
- 

Zurückgezogen!

13. Informationsfreiheit in Magdeburg  
Vorlage: A0104/12
- 

**Herr Meister** bringt den Antrag ein.

Der Beigeordnete **Platz** hält vorhandene Informationen für ausreichend.

**Herr Rohrßen** schließt sich dem an.

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme  
6 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

- 13.1. Informationsfreiheit in Magdeburg  
Vorlage: S0289/12
- 

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

14. Schaffung der Vermittlungsfähigkeit eingezogener "gefährlicher"  
Hunde  
Vorlage: A0106/12
- 

**Herr Fassl** bringt den Antrag ein.

**Herr Harnisch** informiert, dass es sich um ca. 10-15 Hunde handelt, die die Stadt aber nicht vermitteln kann.

**Herr Dr. Kirchner**, Amt 53, legt dar, dass die größte Anzahl der Hunde sozialisiert ist. Es wird ständig mit den Hunden gearbeitet. Es ist aber keine Vermittlung möglich, da die behördlichen Auflagen zu hoch sind. Um diese zu ändern, ist eine Gesetzesänderung erforderlich.

Die einzige Chance, die die Stadt Magdeburg hat, so **Herr Platz** besteht in der Evaluation des Hundegesetzes. Dies soll 2013 passieren.

**Herr Fassl** war bei den Beratungen zum Hundegesetz dabei. Die Stadt hat aber den Punkt der Hundesteuer in der Hand. Er hält die zu zahlenden 500 EUR für zu hoch.

**Herr Harnisch** führt aus, dass der Gutachter im Rahmen des Wesenstestes beurteilen kann, ob eine Befreiung vom Maulkorbzwang möglich ist. Wenn ja, verringert sich auch die Hundesteuer.

**Herr Rohrßen** stellt den Geschäftsordnungsantrag zum Abbruch der Debatte.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

5 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0106/12:

1 Ja-Stimme  
4 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

- 14.1. Schaffung der Vermittlungsfähigkeit eingezogener "gefährlicher"  
Hunde  
Vorlage: S0262/12
- 

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister  
Vorsitzender

gez. Britta Becker  
Schriftführerin

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Olaf Meister

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Andreas Budde

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Michael Hoffmann

Stadträtin Claudia Szydzick

Stadträtin Helga Boeck

Stadtrat Josef Fassel

**Geschäftsführung**

Frau Britta Becker

Abwesend:

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Ronald Bahrs

Sachkundiger Einwohner Steffen Krausnick

**Mitglieder des Gremiums**

Sachkundiger Einwohner Tino Sorge